

Eupen, den 28.06.2021

## **Rede**

### **Resolutionsvorschlag an die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft zur kostenlosen Bereitstellung von Menstruations- produkten - Dokument 133 (2020-2021) Nr. 3**

#### ***- Es gilt das gesprochene Wort -***

Sehr geehrte Damen und Herren,

mit diesem Resolutionsvorschlag an die Föderalregierung und die Regierung der Deutschsprachige Gemeinschaft zur kostenlosen Bereitstellung von Menstruationsprodukten werden drei Aspekte thematisiert:

- Periodenarmut,
- Gleichberechtigung und
- Nachhaltigkeit.

In Deutschland wurde die Mehrwertsteuer auf Hygieneartikel für Frauen auf 7% gesenkt. Schottland ging noch einen Schritt weiter und beschloss, allen Frauen Hygieneprodukte wie Tampons und Binden kostenlos zu Verfügung zu stellen. In Schulen, Universitäten und einigen Gemeindestellen werden diese Produkte bereits staatlich finanziert verteilt. Die Kosten werden auf 24 Millionen Pfund jährlich beziffert.

Laut einer von Le Monde veröffentlichten Umfrage aus dem Jahr 2019 liegt der durchschnittliche Betrag für Schutz- und Schmerzmittel bei 7,50 Euro pro Zyklus. Wenn man weiß, dass die Menstruation in einem Leben durchschnittlich 500 Mal auftritt, stimmt es, dass der Gesamtbetrag einige Tausende von Euro erreichen kann.

Dieses Budget kann für manche Menschen, die sich in einer prekären Situation befinden, viel Geld sein. Laut einer Studie im Auftrag der König-Baudouin-Stiftung leben in Wallonien 25% der Kinder unterhalb der Armutsgrenze.

Glücklicherweise befinden sich nicht alle Einwohnerinnen Belgiens in einer prekären Situation, und aus diesem Grunde sehen wir keinen Bedarf für ein allgemeines Prinzip des kostenlosen freien Zugangs zu Menstruationsprodukten.

Im Vereinigten Königreich wollte die damalige Regierung unter David Cameron bereits 2016 die Mehrwertsteuer auf Damenhygieneprodukte abschaffen, was aber wegen der EU-Vorgaben zur Mehrwertsteuer nicht möglich war.

In unseren Augen wäre ein Resolutionsvorschlag in diesem Sinne an die Föderalregierung und an das EU-Parlament ein Weg gewesen, der Hygienearmut entgegenzuwirken. Warum nicht solche Produkte gänzlich von der MWST befreien?

In der Region Brüssel verteilt der Verein "Bruzelle" seit vier Jahren Damenbinden an Menschen in großer Not. Im Jahr 2017 wurden 50.000 Menstruationsbinden verteilt. Im Jahr 2020 waren es 340.000. Die Corona-Krise hat die menstruelle Prekarität also erhöht.

Hier kann angesetzt werden, indem bei Bedarf unsere 9 ÖSHZs Hygieneartikel für Menschen in prekären Situationen ausgeben können, eventuell auch über die Lebensmittelbanken. Bei der Umsetzung dieses Resolutionsvorschlages ist zu hoffen, dass sich die DG-Regierung die Umfrageergebnisse von verschiedenen Akteuren der DG zur Hand nimmt. Draus ist ersichtlich, dass es keinen Konsens zur allgemeinen kostenlosen Bereitstellung von Menstruationsprodukten gibt. Dort, wo einige ÖSHZs und Gemeinden sich dafür aussprechen, gibt es andere, die bisher keine Notsituation gesehen haben bzw. keine Notwendigkeit sahen, der Periodenarmut entgegenzuwirken.

Wir sind der Meinung, wie auch ein weiteres ÖSHZ der DG, dass die Übernahme der Kosten von Menstruationsprodukten nicht unbedingt ein Mittel zur Armutsbekämpfung ist. Nehmen wir ein Beispiel. Wenn das Eingliederungseinkommen zu niedrig ist, wird eine Person eher um einen Mietzuschuss bitten anstatt um ein Menstruationsprodukt von 7 EUR. Erhält er den Mietzuschuss nicht, fällt der Betroffene in die Prekarität - aber nicht wegen der monatlichen Kosten für Hygieneprodukte. Auch plädieren einige ÖSHZ für eine allgemeine Senkung der Mehrwertsteuer auf diese Produkte anstatt weitere punktuelle Maßnahmen. Weitere Aussagen sind: "Gratisprodukte bekämpfen nicht die Armut" oder "jede beliebige Frau kann sich an den Gratisprodukten bedienen und dies hat nichts mehr mit Periodenarmut zu tun."

Wir befürworten, das Sekundarschulen und Primarschulen alle über eine Art "Notfallapotheke" verfügen sollten, was in den meisten Fällen schon der Fall ist, aber auch hier sollte es keinen allgemeinen Zugang zu Gratisprodukten geben. Junge Menschen müssen lernen, für sich und für andere Verantwortung zu übernehmen, und das geht nicht, indem der Staat Ihnen das Denken - oder an-etwas-denken - abnimmt.

Der Verein "Bruzelle" setzt sich für kostenlose Hygieneartikel für alle menstruierenden Menschen ein. "Wir gehen von dem Grundsatz aus, dass Frauen nicht für den Schutz ihrer Menstruation bezahlen müssen. Sie haben sich nicht dafür entschieden, als Frau geboren zu werden und geregelt zu sein."

In dieser Aussage, die hier im Hause weitgehend auch geteilt wird und als Gleichberechtigung verkauft wird, ist in unseren Augen ein Widerspruch.

Eine Art Diskriminierung oder "Nicht-Gleichberechtigung" ist aber gar nicht gegeben, denn eine Frau sollte eher stolz darauf sein, eine Frau zu sein, und dazu gehört es eben auch, anders zu sein.

Hier wird vermittelt, dass der Staat den Frauen etwas schuldet, dass Frauen wegen ihres Geschlechts Hilfe benötigen - und dies ist ein Widerspruch zur geforderten Gleichberechtigung.

Zur öffentlichen Sensibilisierungskampagne zum Thema Nachhaltigkeit und Enttabuisierung der Periode:

Jede Frau wird das geeignete Hygieneprodukt finden, auch ohne die Hilfe von Vater Staat. Nachhaltige Produkte in diesem Bereich sowie eine Enttabuisierung kann beispielsweise im Biologieunterricht vorgenommen werden.

Wie kann man von Enttabuisierung sprechen und gleichzeitig behaupten, dass es für die Schüler beschämend ist, einen Erzieher um ein Menstruationsprodukt zu bitten? Wenn die Periode kein Tabu mehr sein soll, dann ist der erste Schritt, offen über die Periode zu sprechen, angefangen

im Unterricht, mit Lehrern, Erziehern und Schülern. Wenn dies richtig thematisiert wird, hat man auch keine Angst mehr, um Hygieneartikel zu bitten. Dann bedarf es auch keiner "anonymen Automaten."

Wir werden uns bei diesem Resolutionsvorschlag enthalten.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit

Diana Stiel  
Vivant-Fraktion